

Globethics Repository

The logo for Globethics, featuring the word "Globethics" in white, sans-serif font centered within a solid blue rectangular background.

Zwei unglaubliche Initiativen

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

| | |
|---------------|---|
| Item Type | Article |
| Authors | Kesselring, Thomas |
| Publisher | Der Bund |
| Rights | With permission of the license/copyright holder |
| Download date | 2026-06-25 14:40:41 |
| Link to Item | http://hdl.handle.net/20.500.12424/195304 |

Meinungen

Tribüne Zuwanderung und Weltbevölkerung. Die Initiativen von Schweizer Demokraten und Ecopop. *Thomas Kesselring*

Zwei unglaubliche Initiativen



Bangladesh (im Bild eine Demonstration) ist siebenmal dichter besiedelt als die Schweiz. Foto: Pavel Rahman (AP)

Schweizer Demokraten (SD) und Ecopop - Vereinigung Umwelt und Bevölkerung wollen die Zuwanderung in unser Land begrenzen. Dafür gibt es zwei Motive: Erstens ist die Integration von Zuwanderern aus verschiedenen Erdteilen in der Tat schwierig, und zweitens nimmt, wenn die Bevölkerung wächst, auch die Ressourcennutzung zu. Um die heutige Nachfrage nach Ressourcen zu decken, benötigten wir anderthalb Erdplaneten.

Beide Initiativen betrachten die Zuwanderung als Hauptursache für die steigende Umweltbelastung. Dabei blenden sie allerdings wesentliche Tatsachen aus: Ein Teil der Zuwanderer stammt aus Ländern, die die Ressourcen nicht weniger strapazieren als unsereiner - Deutschland etwa. Und es gibt viele Schweizer, die selbst in solche Länder auswandern.

Problematisches Wachstum

Die Schweiz ist tatsächlich dicht besiedelt, aber andere Länder sind noch wesentlich dichter bevölkert: Im überflutungsgefährdeten Bangladesch leben mehr als 1100 Personen auf einem Quadratkilometer - sieben Mal so viel wie in der Schweiz Durchschnitt. Noch dichter gedrängt leben die Menschen in der ägyptischen Nilebene. Diese ist zwar enorm fruchtbar, da aber am Oberlauf des Nils der Wasserbedarf steigt, wird für Ägypten Wasser zur Mangelware.

Ecopop, die diese Tatsachen anerkennt, hält das Wachstum der Weltbevölkerung für das Hauptproblem der Gegenwart. In der Tat sind jeden Tag 219 000 Menschen zusätzlich zu ernähren - ein Zuwachs von 77 Millionen

Der Autor

Thomas Kesselring ist Dozent für Ethik, Philosophie, Multikulturalität, Bildung für nachhaltige Entwicklung an der Pädagogischen Hochschule Bern, Privatdozent am Institut für Philosophie der Universität Bern, Professor associado, Universidade de Caxias do Sul, Brasilien und Professor associado, Universidade Pedagógica, Maputo, Moçambique.



oder dem Zehnfachen der Schweizer Bevölkerung im Jahr. Ecopop will daher die Schweizer Regierung verpflichten, zehn Prozent der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Projekte zur Senkung der Geburtenzahlen zu stecken. Ecopop ist für die ökologischen Prioritäten der Gegenwart also deutlich sensibler als die SD, doch setzt auch Ecopop falsche Akzente.

Erstens ist das Bevölkerungswachstum bei weitem nicht das am schwersten wiegende ökologische Problem. In

der Schweiz haben die materiellen Ansprüche - Mobilität, Wohnraum, Energienutzung - in den letzten Dekaden viel schneller zugenommen als die Bevölkerung. Dasselbe gilt weltweit. Die globale Bevölkerung hat sich seit 1950 knapp verdreifacht, das Volumen der Weltwirtschaft hingegen verzehnfacht und die Zahl der Autos verzehnfacht. Die Anzahl Flüge dürfte sich mindestens verdreifacht haben. Über all diese Wachstumstrends sieht Ecopop geflissentlich hinweg.

Teurere Nahrung

Die Zubetonierung des Bodens und das Verschwinden der Landschaft sind also nicht nur in der Schweiz ein Problem. In China führt die wachsende Anzahl Motorfahrzeuge zu einem Verlust an Agrarflächen, der in naher Zukunft zu akuten Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung führen dürfte. Die wachsende Konkurrenz zwischen der Erzeugung von Agrartreibstoffen und derjenigen von Lebensmitteln verstärkt den Aufwärtstrend bei den Nahrungsmittelpreisen, die bereits in den vergangenen Jahren manche Länder an den Rand einer Hungersnot geführt haben. Wenn die Schweiz, ein Wohlstandsparadies, die Landesgrenzen dichtmacht, ist das unsolidarisch. Die Massnahme lenkt zudem von wichtigeren Problemen ab.

Ein zweites Manko der Ecopop-Initiative liegt in ihrer Oberflächlichkeit im Umgang mit demografischen Zusammenhängen: Dass in fast allen Nationen die Fruchtbarkeit während der letzten Jahrzehnte stark zurückgegangen ist, in manchen bis zur Hälfte oder einem Drittel des Niveaus der 1970er-Jahre, nimmt Ecopop nicht zur Kenntnis. Ein wesentlicher Grund, weshalb die Weltbevölkerung noch zunimmt, liegt darin, dass die Anzahl der Paare (Familien) in den letzten Jahrzehnten schneller zu- als jene der Kinder pro Paar abgenommen hat.

Alphabetisierung ist zentral

Die meisten Gesellschaften, die in letzter Zeit ihre Geburtenzahlen gesenkt haben, vor allem in Asien und Lateinamerika, waren erfolgreich ohne Einmischung fremder Mächte. In Indien, wo solche Einmischungen häufig erfolgten, haben diese sich oft als kontraproduktiv erwiesen. In Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas liegt die Zahl Kinder pro Familie heute im Durchschnitt bei zwei - vorausgesetzt, die Mutter kann lesen und schreiben. Ist sie Analphabetin, so hat sie im Schnitt sechs Kinder. Brasiliens Erfolge in der Alphabetisierung und Armutsreduktion haben in letzter Zeit die Familiengrösse stark reduziert. Dafür ist die Zahl der Motorfahrzeuge förmlich explodiert.

Die Geschwindigkeit, mit der die Bevölkerung eines Landes wächst bzw. abnimmt, ist in den Weltregionen äusserst unterschiedlich. In 60 Ländern liegt die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer (durchschnittliche Kinderzahl pro Paar) nicht höher als bei 2, in 28 Ländern sogar bei 1,5 oder darunter. In Westeuropa würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung schrumpfen, in den baltischen Staaten, in Bulgarien, Rumänien und Georgien schrumpft sie schon seit 1990. Die russische Bevölkerung nimmt inzwischen ebenfalls ab.

Weshalb Afrika wächst

In 35 Ländern liegt die Geburtenziffer hingegen immer noch bei 4 oder höher. In Afrika südlich der Sahara wächst die Bevölkerung um 3 bis 3,5% im Jahr. Für Ecopop ist dies natürlich ein Stein des Anstosses. Zu den Hintergründen des afrikanischen Bevölkerungswachstums gehören aber die - von der Ecopop geflissentlich ausgeblendet - hohe Kindersterblichkeit und die exorbitante HIV-Infektionsrate: In Kenia sterben Lehrkräfte und Polizisten schneller, als neue ausgebildet werden können. In weiten Teilen Afrikas leben die Menschen im Durchschnitt nur halb so lange wie in Europa, und die ökologischen Fussabdrücke betragen einen Bruchteil derjenigen eines Schweizer.

Mit 6 Kindern pro Paar sind Afghanistan, Osttimor und Niger Spitzenreiter des Bevölkerungswachstums. Afghanistan und Osttimor reagieren damit auf verlängerte Kriegswirren. Somalia und der Jemen, ebenfalls mit sehr hohen Geburtenziffern, sind, wie der Niger, Failed States, Regionen ohne funktionierende staatliche Strukturen. Die hohe Wachstumsrate ist hier eher eine Folge als die Ursache der Umstände.

Blosse Symptombekämpfung

Fazit: In Ländern mit starkem Geburtenüberschuss müssten die Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Menschen - Stichwort Aids-Prävention, Ausbildung der Mädchen, Friedensmissionen - vorrangige Ziele internationaler Politik sein. Als Folge würde sich die Familiengrösse von selbst verkleinern. Ecopop gewänne an Glaubwürdigkeit, wenn sie sich ausdrücklich für diese Ziele einsetzte.

Noch glaubwürdiger allerdings wäre sie, wenn sie sich um die Verringerung des überdimensionierten ökologischen Fussabdrucks von uns Schweizer Bürgern kümmerte. Mit ihrer Initiative betreibt sie stattdessen blosse Symptombekämpfung. Die SD ihrerseits leistet nicht einmal das. Ihre Initiative hat zu den wirklichen Gegenwartsproblemen nicht den geringsten Bezug.

Kolumne Rudolf Strahm

Milliardengeschenk ans Ausland



Die Kaufkraft des Franken steigt und steigt. Doch die Importpreise bewegen sich nicht an die wirtschaftliche Wirklichkeit hält sich nicht an die ökonomischen Lehrbücher.

Innert anderthalb Jahren hat der Franken gegenüber dem Euro und dem Dollar rund ein Fünftel an Wert gewonnen. Importgüter aus dem Euro- und dem Dollarraum müssten bei uns 20% billiger geworden sein. Doch die Preise haben sich kaum bewegt, ja, der Index der Importpreise ist sogar um 2% gestiegen.

Wo versickern die Währungsgewinne? Wenn der Frankenpreis importierter Produkte trotz stärkerem Franken nicht sinkt, heisst das meistens: Ausländische Lieferanten passen ihre Preise nicht der Währungsentwicklung an. So streichen sie für ihre Waren bei gleichen Frankenpreisen ein Fünftel mehr Dollar oder Euro als vor einhalb Jahren ein. Mit anderen Worten: Preisdiskriminierung gegen die Schweiz ermöglicht es ihnen, dicke Währungsgewinne abzuschöpfen.

Trick mit Generalimporteuren

Nivea-Produkte zum Beispiel sind in der Schweiz doppelt so teuer wie in Deutschland. Den Gewinn schöpft der Beiersdorf-Konzern ab, indem er seine Nivea-Produkte ausschliesslich über seine Schweizer Filiale an Migros, Coop und Denner vertreibt. Ein Direktkauf der Produkte im Ausland wird dem Detailhandel praktisch verunmöglich.

Ein anderes Beispiel: Ein VW Golf darf nur über den Generalimporteur Amag Schweiz an den Fachhändler gelangen - für 6800 Franken mehr als

Dienstagskolumne

Der Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm und der Politgeograf Michael Hermann werden sich ab September mit der Schauspielerin und Autorin Laura de Weck abwechseln.

das Modell in Deutschland kostet. Ein Opel Corsa wird 4500 Franken teurer verkauft. Und die Autoersatzteile sind bei uns doppelt so teuer. Garagisten, die direkt importieren wollen, werden von den Konzernen abgewimmelt: «Wenden Sie sich an den offiziellen Generalimporteur in der Schweiz.»

Hochgerechnet auf rund 150 Milliarden Franken Importvolumen - Erdöl und Nahrungsmittel nicht eingerechnet - bezahlen wir in der Schweiz derzeit 20 bis 25 Milliarden Franken mehr als die Konsumenten im benachbarten Ausland für identische Produkte (Vertriebskosten im Landesinneren nicht mitgerechnet). Das ist ein «Geschenk» ans Ausland - und ein enormer Kaufkraftverlust für die Schweizer Konsumenten und kleinen und mittleren Unternehmen.

Wer an der Grenze wohnt, kann sich leicht im Ausland eindecken. Das Volumen des Einkaufstourismus wird im laufenden Jahr drei Milliarden Franken übersteigen. Die Aussage von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, er verstehe die Schweizer, die im Ausland einkaufen, ist gut gemeint, aber eine Hilflosigkeitserklärung.

Wirtschaftsjournalisten schreiben jetzt zwar endlich über die versickerten Währungsgewinne. Aber das Warum und Wo bleibt meist im Dunkeln. Zum Kern der Hochpreisproblematik

stösst nur vor, wer die Handelskanäle und die realen Praktiken im Beschaffungshandel kennt. Meiner Einschätzung und Kenntnis zufolge sind die hohen Importpreise zu vier Fünftel auf vertikale Lieferbindungen über die Grenzen hinweg zurückzuführen. Diese haben viele Facetten: Ausländische Konzerne beliefern den Schweizer Detailhandel nur über einen Alleinimporteur oder die eigene Vertriebsfiliale. Auch sind sie erfinderisch, was die Tricks anbelangt, um Direktbezüge und Parallelbeschaffungen im Ausland zu verhindern. Markenartikel sind am stärksten betroffen, von Nivea bis Elmex, von Hugo Boss bis BMW, von Marktneuheiten bis zu Ersatzteillieferungen.

Das geächtete horizontale Kartell - also Preisabsprachen auf der gleichen Handelsstufe - ist fast tot. Doch in der heutigen Konzernwelt sind Vertikalkartelle mit Preis- und Lieferbindungen, Exklusivlieferverträgen, Markenbindungen, Alleinimporturen nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Diese Preisdiskriminierung durch multinationale Konzerne ist auch ein Resultat davon, dass die eidgenössische Wettbewerbskommission (Weko) kaum gegen solche Vertikalkartelle durchgreift. (Der Schreibende weiss, wovon er spricht, er sass vier Jahre von Amtes wegen in diesem Gremium.) Gemäss Kartellgesetz wären solche vertikale Lieferbindungen seit 2004 mit Bussen zu bekämpfen. Doch die Weko hat sich in Handelskreisen nie den nötigen Respekt verschaffen. In sieben Jahren gab es nur gerade zwei Sanktionen, nämlich bei Gartenschere und Elmex-Produkten, von einem Arzneimittel-Sonderfall abgesehen. Dabei gäbe es Dutzende von Meldungen und Hunderte von manifesten Preishochhaltepraktiken vor der Tür.

Jetzt führt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Erhebung durch. Ihr schriftlicher Fragebogen zu 150 Importprodukten wird kaum viel Erhellendes zutage fördern. Ein Händler hat mir erklärt, wenn ihm die Weko einen Fragebogen ins Haus schicke, konsultiere er jeweils seinen Rechtsanwalt, und der sage ihm dann schon, wie er seine ausweichende Antwort dreheln müsse. Und die praxisfernen Schreibtischleute im Seco und der Weko nehmen diese dann für bare Münze. Dabei müsste die Weko nur Einsicht in die realen Faktoren der Händler verlangen, die Lieferpreise vergleichen und Sanktionsverfahren einleiten. Rechtlich könnte auch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine Untersuchung beantragen - hat dies aber noch nie getan.

Billige Ausreden
Die Augen-zu-Politik hat System. Denn der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und einige Konzerne lobbyieren gegen die Vertikalregelung im Kartellgesetz (Artikel 5.4). Um solche Absprachen entgegen dem Willen des Gesetzgebers zu rechtfertigen, führt das Weko-Sekretariat die Ausrede an, es gebe ja noch andere, gleichartige Artikel, was einen «Interbrand-Wettbewerb» sicherstelle. In Wahrheit können die Detailhändler auf starke Marken wie Nivea, Elmex und Gillette in ihrem Sortiment gar nicht verzichten. Die zweite Ausrede kommt von Konzernvertretern und Seco-Ökonomen unter dem schwülstigen Titel «New Economic Approach»: Diese interessengebundene Doktrin aus den USA behauptet, Exklusivlieferkanäle von Grossfirmen seien ökonomisch «effizient».

Die derzeitige selbst verschuldete Hochpreiskrise sollte allen die Augen geöffnet haben, dass Handlungsbedarf besteht. Es braucht bei der bevorstehenden Revision des Kartellgesetzes nicht eine Lockerung, sondern eine Verschärfung, was die vertikalen Bindungen anbelangt. Es braucht härtere Sanktionen, klarer definierte und kürzere Verfahren und eine professionell zusammengesetzte Wettbewerbsbehörde, die sich Respekt in der Wirtschaft zu verschaffen weiss. Der Chef des Volkswirtschaftsdepartements hat es in der Hand.

Ausländische Lieferanten schöpfen dicke Währungsgewinne ab.

Der Bund

Verleger: Charles von Graffenried
Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»):
181 705 WEMF/SW-beglaubigt
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86
Redaktionsleitung:
Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)
Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)
Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)
Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)
Website: www.derbund.ch

E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Espace Media: Ueli Eckstein
Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme:
Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160, Fax 031 330 35 71
E-Mail: inserate@espacemedia.ch
ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)
Technischer Kundendienst: Anzeigen
Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen
ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.
Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-
Filialen Schweiz: Publicitas Bern,
Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 746.-,
12 Monate Fr. 414.-, 6 Monate Fr. 223.50,
3 Monate Fr. 120.-, 40% Studenten- und
Ausbildungsrabatt.
Bitte Ausweis mitschicken.
Die Preise verstehen sich inkl. 2.5% MWST.
Einzelnnummer Fr. 3.50 (Mo-Fr) / Fr. 4.- (Sa).
Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif),
Fax 0844 031 031 (Lokaltarif),
E-Mail: abo@derbund.ch
Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1;
E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch.
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses
Impressum in der Montag-Ausgabe.